

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/70

Bonn, den 14. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Planung - Instrument der Freiheit	52

Von Heinz Kühn,
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

2 - 3	Das Dilemma der DKP	75
-------	---------------------	----

Zum Gründungs-Parteitag in Essen

Von Dr. E. Eckert

4	Bonn in der Sicht Spaniens und Portugals	50
---	--	----

Immer mehr Beachtung für den wachsenden Einfluß der SPD

Von unserem MD-1-Korrespondenten in Madrid

ANHANG

1 - 4	Dr. Dr. Gustav W. Heinemann	142
-------	-----------------------------	-----

Die publizistische Arbeit des gewählten Bundespräsidenten

* * * * *

* Seit der Wahl des früheren Bundesjustizministers Dr. Dr. *
* Gustav W. Heinemann zum Präsidenten der Bundesrepublik *
* Deutschland ist natürlich das Interesse an seinen publi- *
* zistischen Arbeiten gestiegen. In zahlreichen Anfragen *
* wurden wir gebeten, eine Übersicht über die von Dr. Dr. *
* Gustav Heinemann veröffentlichten Bücher bzw. Schriften *
* und Reden zusammenzustellen. *
* * * * *

* Wir sind dem Wunsch gern nachgekommen, da wir meinen, *
* daß der neue Bundespräsident durch seine Tätigkeit auf *
* dem Gebiet der Publizistik einen hervorragenden Platz *
* einnimmt. Die Redaktion *
* * * * *

Planung - Instrument der Freiheit

Von Heinz Kühn

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Die Demokratie darf niemals als ein starres, statisches Ordnungsgefüge mißverstanden werden. Sie ist als dynamische Lebensform ihrem Wesen nach stets unvollendet, entwicklungsbedürftig und entwicklungs-fähig, als Ordnungsprinzip aber unwandelbar. Kritisch engagierte Auseinandersetzungen mit unserer Demokratie sollen ihre Gefahren und Gefährdungen aufzeigen, Wege und Möglichkeiten zur Überwindung suchen und finden und damit zur Weiterentwicklung und zur Meisterung der Zukunft beitragen.

Wiederholt wandten sich große Kongresse der Frage zu: "Wird der Mensch unserer Tage manipuliert, wird der Mensch geplant oder verplant?" Das sind ernste, bedenklich stimmende Themen - nicht nur für den, der als politisch Verantwortlicher und Handelnder sich um einen verstärkten Gebrauch des Instrumentariums der Planung bemüht, sondern für jeden, der sich um Struktur und künftige Entwicklung unserer Gesellschaft Gedanken macht oder auch nur über sein eigenes privates Geschick in seiner vielfältigen gesellschaftlichen Verflechtung nachdenkt. Es geht um die Stellung des Menschen, des einen individuellen Wesens mit seinem je eigenen Bewußtsein und Schicksal gegenüber dem Einfluß, der mit den Mitteln der Wissenschaft und der Planung auf ihn, auf sein Bewußtsein und sein Schicksal ausgeübt wird - um die Gefährdung also der Freiheit und der Menschenwürde durch Manipulation.

Der Politiker nun - angewiesen auf die Wissenschaft, auf Prognose und Motivforschung, auf Planung und Lenkung - ist hier unmittelbar betroffen. Es wird nicht möglich sein, die latente Bedrohung der Freiheit durch die Manipulation mit organisatorischen Maßnahmen oder auch durch einen bestimmten philosophischen Ansatz in der Praxis endgültig auszuschalten. Es wird vielmehr nötig sein, daß jeder zu jeder Zeit sich der Dialektik in diesem Spannungsverhältnis bewußt ist und seine Entscheidungen trifft vor Gewissen und Gesetz. Es muß gerade der Politiker sich der Grenzen bewußt sein, die nicht nur den Möglichkeiten der Planung, sondern auch der Berechtigung der Planung in einer freien demokratischen Gesellschaft gesetzt sind.

Die freie demokratische Gesellschaft als Ganzes trägt letztlich die Verantwortung dafür, daß Wissenschaft und planende Vorsorge jenen Raum schaffen, in dem sich die Freiheit des einzelnen sinnvoll entwickeln kann, statt diese Freiheit zu zerstören. Voraussetzung dafür ist, daß die Kräfte der Manipulation nicht dämonisiert, sondern analysiert werden. Schließlich sind ja Wissenschaft und Planung Werkzeuge des menschlichen Geistes, mit denen er sich gegen das Unvorhergesehene, gegen das Ausgeliefertsein an den Zufall zur Wehr setzt. Es wirkt nun wie eine seltsame Ironie, daß eben diese Kräfte selbst wieder in den Ruch des schicksalhaft Unheimlichen und Übermächtigen geraten.

Der Leiter der französischen Planungsbehörde bezeichnete unlängst gerade die Planung als ein Instrument der Freiheit des Menschen und das Leben der menschlichen Gesellschaft als ein kalkuliertes Abenteuer, einen Kampf zwischen Zufall und Antizufall.

Dies gilt besonders für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Jahrhunderts. Die Kräfte für dieses große Werk entspringen aus der Freiheit und dem Willen des Menschen. Die Werkzeuge sind die Pläne, die - ob für Teilbereiche oder umfassend, ob privat oder öffentlich - in allen Formen stets dies gemeinsam haben: Bewußtsein und Intentionalität im Gegensatz zu Fatalismus und Zufall.

Das Dilemma der DKP

Zum Gründungs-Parteitag in Essen

Von Dr. E. Eckert

36,7 Jahre ist das Durchschnittsalter der Delegierten der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die am vergangenen Wochenende in der Essener Gruga-Halle "die einzige legale marxistische Kampfpartei" konstituierten. 41 Jahre ist das Durchschnittsalter des 89-köpfigen Vorstandes der 22.000-Mitglieder-Partei, 40 Jahre das Durchschnittsalter des neunköpfigen Präsidiums.

Der Start ist genau berechnet: Überall junge, oft ganz junge Gesichter unter den Delegierten, sehr viele Frauen, die jüngste 17 Jahre. Das neue Parteiabzeichen ist ein harmloser roter Zickzackpfeil, um die Gruga-Halle und im Tagungssaal ist keine einzige rote Fahne zu sehen. Draußen vor der Gruga-Halle stehen hunderte von Delegierten-Pkw's; und wenn die kommunistische Slangdiktation nicht wäre, die auch die Jungen schon erfaßt hat und die Alten aus der KPD nicht losläßt, dann wäre das neue Image perfekt, das sich die DKP geben will.

Ihre Spitzenfunktionäre sprechen recht kühl von der KPD, deren Verbot man natürlich aufgehoben haben möchte. Die DKP bewegt sich auf dem Boden der Bundesrepublik und des Grundgesetzes, sie hat zwar revolutionäre Grundsätze, was man eben so revolutionär nennt, aber sie will evolutionär ihre Ziele erreichen, was sie natürlich - das sagt man offen - niemals allein erreichen kann. Politische Ziele, Frieden, Abrüstung, DDR-Anerkennung, wirtschaftliche Ziele, Lohnfortzahlung, gesellschaftspolitische Ziele, Stärkung der Demokratie, Kampf gegen den "Monopolkapitalismus" (nur eine D-Mark für dieses Wort, und in den zwei Wochenendtagen wäre eine große Kiste randvoll gewesen): nichts ist allein zu erreichen; alles nur mit der SPD, mit den Gewerkschaften, mit der "linken CDU" und mit der "linken FDP". Nach a l l e n Seiten wird die Hand ausgestreckt!

Als am ersten Tag zu viele Delegierte zwischen der "rechter" SPD-Führung und der Masse der SPD-Mitglieder differenzierten, wird am zweiten Tag der Schaden wieder gutgemacht: Das Gespräch muß auf allen Ebenen

geführt werden, von unten nach oben, von der Basis bis zur Spitze. Es geht um den Frieden, es geht um die Bundesrepublik.

Und dann läßt sich einer verführen, aber vielleicht war er nur vorgeschickt, gleichgültig: Er kritisiert die UdSSR wegen der CSSR und wegen Mao-China, er kritisiert die DDR wegen ihrer kommunikationsfeindlichen Maßnahmen gegen die Bundesrepublik: "unpopulär und unverständlich". Einige klatschen verlegen, ein oder zwei rufen leise "Pfu!", aber dann hagelt schon auf den Sünder herunter, und ein Redner nach dem anderen schalmeit die Treue und Brüderschaft zur KPdSU und zur UdSSR und zur SED und zur DDR als kardinale und unveräußerliche Grundsatzpunkte in die Gruga-Halle, umtost vom Beifall der bei weitem überwiegenden Mehrheit der Delegierten.

Die DDR-Maßnahmen "unverständlich"? Oh nein, Dienst am Sozialismus auf deutschem Boden und am Frieden. Die DDR-Maßnahmen "unpopulär"? Ach, man soll sich nicht mit solchen "Kleinigkeiten" herumärgern, das muß man "von den Grundpositionen" aus nur richtig erklären. Und die Kritik an Moskau? Mao ist der Alleinschuldige, die provozierten Grenzvorfälle sind Verrat am Internationalismus und Hilfe für den Westen. Und immer wieder Beifall. Die ZK-Mitglieder der SED und der KPdSU hören aufmerksam zu.

Die DKP hat in Essen ihre Positionen bezogen, sie hat ihre Ziele erkennen lassen, sie hat sich selbst ihre Grenzen gesteckt, sehr eng. Präsidiumsmitglied Kappluck ist vorsichtig mit seiner Antwort auf die Frage nach den Bundestagswahlichancen. Er kalkuliert gar keinen praktikablen Stimmengewinn ein. Es geht der DKP zunächst einmal um das öffentliche Auftreten, um das Verkünden ihrer Ziele, um die Diskussion in den Betrieben. Dazu braucht sie ihr Essener Image: ohne rote Fahne, ohne lautes Geschrei. Deshalb wird auch radikal Front gegen "ultralinks" gemacht, gegen die "pseudorevolutionären Anarchisten" in den APO-Splittergruppen, im SDS. Und im Parteipräsidium sitzt ein Luftwaffengefreiter in voller Uniform. Der hatte allerdings einen großen roten Sowjetstern mit Hammer und Sichel am Rockkragen. Uns scheint, der Zickzackpfeil als Parteiabzeichen der DKP hat doch seinen Symbolsinn. Das Dilemma dieser Partei ist mit den Händen zu greifen. Es gibt keinen Grund, ihr herauszuhelfen.

+ + +

Bonn in der Sicht Spaniens und Portugals

Immer mehr Beachtung für den wachsenden Einfluß der SPD

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Seit Bestehen der Regierung der Großen Koalition in der Bundesrepublik rückt die bisher von der spanischen Publizistik und den Massenmedien vernachlässigte SPD immer mehr in den Mittelpunkt der Beachtungen. Die spanische Presse, die über Vorgänge in Deutschland traditionell breit und ausführlich berichtet, setzt sich mit dem Phänomen einer SPD als Regierungspartei je nach politischem Standort auseinander. Selbst Falange-Zeitungen wie "Diario SP", die für den demokratischen Sozialismus wenig Verständnis haben, lassen sich meist positiv über die von der SPD in der Regierung geleistete Arbeit aus.

Die Bilanz der Meinungsäußerungen in spanischen Zeitungen und Massenmedien sieht so aus: Die von der SPD eingeleitete neue Wirtschaftspolitik führte die Bundesrepublik aus der Rezession und machte die D-Mark zu einer der härtesten Währungen der Welt. Dies war auch bei der Berichterstattung über die Bonner Währungskonferenz des Zehnerklubs zu erkennen. Auch die Bonner Ostpolitik, die trotz mancher Rückschläge bereits diplomatische Brücken nach Bukarest und Belgrad schlug, wird von der spanischen Presse eindeutig auf das Konto der SPD verbucht.

Auch die Wahl des neuen Bundespräsidenten Dr. G. Heinemann, der in Spanien wie in Portugal verhältnismäßig unbekannt war, nahm einen breiten Raum in der Berichterstattung ein; negative Stimmen waren höchst selten. "Diario SP" bedauerte aus Anlaß des Kiesinger-Besuches in Madrid und Lissabon, daß Vizekanzler und Außenminister Brandt bisher noch nicht in Madrid war, um die spanische Regierung aus erster Hand über die von Spanien wie von Portugal mit wachem Sinn und großem Interesse verfolgte Ostpolitik zu unterrichten. Spanien hatte auch die Beziehungen zu Rumänien normalisieren können; die Bonner Initiative diene dazu als Vorbild.

In spanischen und portugiesischen Blättern wird die SPD immer mehr zu einem politischen Faktor, mit dem Spanien und Portugal in Zukunft rechnen müssen. Die Bevölkerung beider Länder hofft, daß der wachsende Einfluß der SPD sich auch für die Völker der Pyrenäenhalbinsel positiv auswirken kann. Eine gut funktionierende Parteidemokratie in der Bundesrepublik unter aktiver Mitwirkung der SPD führt auch in diesen Ländern vor Augen, daß Mehrparteiensystem und freie Gewerkschaften keineswegs einen "Rückfall in die Anarchie" bedeuten, sondern einen Fortschritt darstellen, der in Spanien wie in Portugal noch nachvollzogen werden muß. Für viele Beobachter in Madrid und Lissabon ist schon heute sicher, daß die SPD auch nach 1969 in der Regierungsverantwortung bleiben wird, gleichviel, wie das Ergebnis der Bundestagswahl aussehen wird.

Kann in der Bundesrepublik an den Sozialdemokraten nicht mehr vorbeiregiert werden, so kann in Spanien wie in Portugal die positive Rolle der SPD in der deutschen Bundespolitik angesichts so augenfälliger Tatsachen wie der wirtschaftliche Wiederaufstieg und die von der SPD geförderte Ost-West-Entspannung nicht mehr totgeschwiegen werden. Gehören die Sympathien der Machthaber in Madrid und Lissabon auch unverhohlen der CDU/CSU, so haben sie die SPD als einen Faktor akzeptiert, ohne den ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundesrepublik unmöglich geworden ist. Das mußte auch Spaniens Falange-Minister José Ruiz erfahren, als er in Bonn auch mit Verkehrsminister Leber zusammentraf: "Ein interessanter Mann, eine interessante Partei."

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann

Die publizistische Arbeit des gewählten Bundespräsidenten

* * * * *

* Seit der Wahl des früheren Bundesjustizministers Dr. Dr. *
* Gustav W. Heinemann zum Präsidenten der Bundesrepublik *
* Deutschland ist natürlich das Interesse an seinen publi- *
* zistischen Arbeiten gestiegen. In zahlreichen Anfragen *
* wurden wir gebeten, eine Übersicht über die von Dr. Dr. *
* Gustav W. Heinemann veröffentlichten Bücher bzw. Schrif- *
* ten und Reden zusammenzustellen. *
* *
* Wir sind dem Wunsch gern nachgekommen, da wir meinen, *
* daß der neue Bundespräsident durch seine Tätigkeit auf *
* dem Gebiet der Publizistik einen hervorragenden Platz *
* einnimmt. Die Redaktion *
* * * * *

Rechtswissenschaft

- 1) Kassenarztrecht, 1929,
Vierte Auflage 1950, 18 Ergänzungslieferungen
- 2) Das Recht der Kassenzahnärzte und Dentisten, 1935
- 3) Handbuch des deutschen Bergwesens, 4 Bände, 1930
mit Mitarbeitern
- 4) Tarifvertragliche Schlichtungsstellen
in "Hauptfragen des Tarifrechts", Berlin 1927
- 5) Der Bergschaden, 1941, Dritte Auflage 1961
- 6) Das Ersatzgeschäft. - Ein Beitrag zum allgemeinen Recht der
Verwaltung und der Zwangsvollstreckung in "Gruchots Bei-
träge zur Erläuterung des deutschen Rechts", Jahrgang 69
(1928), Seite 319 - 350
- 7) Die Verwaltungsrechte an fremdem Vermögen. Zugleich ein Beitrag
zur Struktur der subjektiven Privatrechte. In "Gruchots Bei-
träge zur Erläuterung des deutschen Rechts", Jahrgang 70
(1929), Seite 496 - 542
- 8) Die Formen der Rechtsausübung
in "Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen
Rechts", Band 81 (1931), Seite 373 - 391
- 9) Die Regalabgabe der Steinkohlenbergwerke in der Grafschaft
Recklinghausen, Essen 1931

- 10) Kartellpolizei und Ersatzgeschäft
"Kartell-Rundschau" 1932, Seite 611
- 11) Schiedsgerichte kraft Satzung.
In Gruchols Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts",
Jahrgang 73 (1933), Seite 316 - 332.
- 12) Der Marktanteil als Wirtschaftsgut
"Industrie und Steuer", 1935, 32
- 13) Sind Kartellquoten steuerpflichtig?
"Deutsche Bergwerkszeitung" 1935 Nr. 122
- 14) Kritische Bemerkungen zum politischen Strafrecht in der Bundes-
republik
Mitverfasser Dr. Posser
"Neue Juristische Wochenschrift" 1959/4
- 15) Der Verfassungsstreit um die Kriegsdienstverweigerer
"Junge Kirche" 1961/9
- 16) Die Rechtsordnung des politischen Kampfes
"Neue Juristische Wochenschrift" 1962, 889
- 17) Der Schutz des Lebens im neuen Strafrecht
"Botschaft und Dienst" 1963/3
- 18) Der publizistische Landesverrat
"Neue Juristische Wochenschrift" 1963/1
- 19) Empfiehlt es sich, Funktion, Struktur und Verfahren der
parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zu ändern?
In Verhandlungen des 45. Deutschen Juristentages 1964
- 20) Politische Justiz
"Recht und Politik" 1965/1
- 21) Reform des politischen Strafrechts
"Recht und Politik" 1965/2
- 22) Besprechung Kirchheimer, Politische Justiz
"Der Spiegel" 1.9.1965

Kirche, Theologie

- 1) Das Wort Gottes als Ordnungsmacht in den Wirren der Zeit
in "Die Zeichen der Zeit" 1952/3
- 2) Die Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland
in "Die Bekennende Kirche", - Festgabe M. Niemöller zum
60. Geburtstag 1952

- 3) Herbert Schöffler (Religionssoziologische Arbeiten)
in "Evangelische Theologie" 1956/2
- 4) Wiedervereinigung als geschichtliches Problem
in "Der mündige Christ", Kreuz-Verlag 1956
- 5) Besprechung Thielićke, Politische Ethik
"Evangelische Ethik" 1960, 372
- 6) Besprechung H. Gollwitzer, Forderungen der Freiheit
"Monatsschrift für Pastoraltheologie" 1962/10
- 7) Wollen wir heute noch, was wir 1945 wollten?
"Stimme der Gemeinde" 1962, 681
- 8) Gewissensfreiheit - Staat - Erziehung
in "Dokumentation der kulturpolitischen Konferenz
der SPD", 1963
- 9) Besprechung Wilken, Unser Geld und die Kirche
"Evangelischer Literaturbeobachter" 1964, 1166
- 10) Der Rechtsstaat als theologisches Problem
"Frankfurter Hefte" 1965, 475
- 11) Wiedervereinigung Deutschlands - Die Stellungnahme der Kirche
"Evangelisches Staatslexikon" 1966
- 12) Selbstbestimmungsrecht - theologisch
"Evangelisches Staatslexikon" 1966
- 13) Neue Fakten und Formen des politischen Engagements der
evangelischen Kirche
in "Kirche und Staat",
Festschrift für Bischof Kunst zum 60. Geburtstag, 1967.
- 14) Die gesellschaftliche Bedeutung der Reformation
Ansprache am 31. Oktober 1967 in der Paulskirche - Frankfurt,
Sonderdruck

Referate und Ansprachen auf den Kirchentagen

(In den Dokumentationen der Kirchentage enthalten)

- 1) Die öffentliche Verantwortung des evangelischen Christen
Deutsche evangelische Woche Hannover 1949
- 2) Ansprachen
Kirchentag Essen 1950
- 3) Wozu ist die Kirche da?
Kirchentag Berlin 1951
- 4) Ansprache auf der Hauptversammlung
Kirchentag Stuttgart 1952

- 5) "Im Reiche dieses Königs hat man das Recht lieb"
Kirchentag Leipzig 1956
- 6) Das gespaltene Gottenvolk - Schlußwort in der Arbeitsgruppe
Kirchentag Köln 1965
- 7) a) Das öffentliche Interview
b) Podiumsdiskussion
Kirchentag Hannover 1967

Politik

- 1) Deutsche Friedenspolitik
Reden und Aufsätze, 1952, Vorwort Dr. Posser
Verlag "Stimme der Gemeinde"
- 2) Im Schnittpunkt der Zeit
Reden und Aufsätze, 1957, Vorwort Prof. E. Gollwitzer
Verlag "Stimme der Gemeinde"
- 3) Verfehlte Deutschlandpolitik - Irreführung und Selbsttäuschung
Artikel und Reden, 1966, Stimme Verlag
- 4) Aufruf zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas, 1951
Sonderdruck
- 5) Die Deutschlandfrage und der Weltfrieden. -
Vortrag in Bern und Zürich 1953 - Sonderdruck
- 6) Militärische Katastrophe oder politische Ordnung?
Rede in Berlin, 1954 - Sonderdruck
- 7) Deutschland und die Weltpolitik
Rede in Stuttgart, 1954 - Sonderdruck
- 8) Was Dr. Adenauer vergißt
"Frankfurter Hefte" 1956/7
- 9) Der "christliche Politiker" und die christlichen Parteien in
"Eckart" 1959/2
- 10) Demokratie - Diktatur - Kirche
in "Die neue Gesellschaft" 1961/2
- 11) Variationen deutscher Rußlandpolitik
in "Moskau - Leningrad heute", Stimme-Verlag 1965
- 12) Die politische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei
"Werkhefte" 1962/8
- 13) Das Rote Kreuz im Spannungsfeld des kalten Krieges
"Frankfurter Hefte" 1964/2
- 14) Nicht der Krieg, der Frieden ist der Ernstfall
Rede zum Volkstrauertag 1964 in Wiesbaden - Sonderdruck
- 15) Kirche und Parteien in der Bundesrepublik
in "Die neue Gesellschaft" 1966/6